Pressespiegel = Reflets de presse

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **66 (1975)**

Heft 13

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Nasa studiert selbstreinigendes Nuklearsystem

nas. Ein Kernreaktorsystem, das seine radioaktiven Abfälle zu einem grossen Teil selber wieder «verbrennt», scheint nach Ansicht der Nasa durchaus im Bereich der Möglichkeiten. Die mit Hilfe von Computern durchgeführte theoretische Studie basiert auf der Verwendung eines Fissionsreaktors mit gasförmigem Brennstoff (Uranplasma). Die bei der Kernspaltung anfallenden radioaktiven Abfallprodukte sollen durch Beschuss mit ebenfalls anwesenden und die Kettenreaktion aufrechterhaltenden Neutronen in harmlose Stoffe verwandelt werden. Da Reaktorsysteme mit gasförmigem Brennstoff besonders hohe Neutronendichten aufweisen, wird von einem solchen System die Beseitigung eines wesentlichen Teils der gefährlichen radioaktiven Sekundärprodukte erwartet. Die Computer-Analyse zeigte ferner, dass nach dreijährigem Betrieb das System im Gleichgewicht sein wird und auch bei langjährigem Weiterbetrieb keine zusätzlichen langlebigen radioaktiven Abfälle mehr produziert werden. *«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 19. März 1975*

50 000 im Atompavillon Böttstein

sda. Der am 27. April 1973 von den NOK auf dem Schlossareal von Böttstein gegenüber dem Kernkraftwerk Beznau eröffnete Ausstellungspavillon hat am Samstag den 50 000. Besucher registriert. Hier wird die Öffentlichkeit mittels Filmen, Tonbildschauen, Modellen und Graphiken über das Kernkraftwerk Beznau sowie über die Elektrizitätserzeugung aus Kernenergie und die Stromversorgung unseres Landes im allgemeinen informiert.

«Vaterland», Luzern, 21. April 1975

A-Werk-Abwärme nutzen

kl. Waldshut. Eine zweckmässige Nutzung der Abwärme des Kernkraftwerkes Leibstadt forderte der Waldshuter Bürgermeister i. W. Friedrich-Wilhelm Utsch, «wenn das Werk schon gebaut werden» müsse. Die Abwärme könnte das Waldshuter Krankenhaus, das Schulzentrum mit Stadthalle und das Hallenbad heizen.

Die Anregung erfolgte bei einer vom baden-württembergischen Ministerium für Wirtschaft veranlassten Anhörung, zu der Landräte, Bürgermeister und die Regionalverbände des Landes eingeladen waren. Wirtschaftsminister Eberle orientierte die Gäste über die in Baden-Württemberg vorgesehenen Kernkraftwerke. Der Minister sprach dabei auch über die Bemühungen, zusammen mit Frankreich und der Schweiz einen gemeinsamen Wärme-Lastenplan aufzustellen. Bürgermeister Utsch meinte, wenn das Schweizer Kernkraftwerk Leibstadt schon vor den Toren von Waldshut erstellt werde, sei es einer Überlegung wert, die ungenutzte Energie – Wasserdampf – für städtische und kommerzielle Einrichtungen zu verwenden. Der Vorschlag wurde vom Ministerium für Wirtschaft aufgegriffen, das Verhandlungen mit der Schweiz aufnehmen will.

«National Zeitung», Basel, 25. März 1975

Mit der Kernenergie leben

H. L. Der Bau des Kernkraftwerkes Gösgen hatte in der Region Olten bekanntlich vielfach Proteste, Befürchtungen und Unsicherheiten zur Folge. Im Oltener Einwohnergemeinderat nahm Walter Luterbacher (fdp) unlängst darauf Bezug; mit dem Hinweis, dass die Bevölkerung in Region und Stadt Olten nunmehr mit der Kernenergie werde leben müssen, stellte er einige konkrete Fragen über die Orientierung und das Verhalten der Öffentlichkeit in bezug auf einen allfälligen Katastrophenfall. Wie kurz gemeldet, wurde diese Interpellation von Stadtrat Willy Eggenschwiler beantwortet, wobei er einleitend unterstrich, dass die Einhaltung aller Sicherheitsvorschriften auf dem Gebiete der Kernenergie Sache des Bundes sei.

Strengste Vorschriften

Wie wir den Ausführungen des Oltener Stadtratssprechers entnehmen, ist das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, im speziellen das Amt für Energiewirtschaft, für die Sicherheit der Kernkraftwerke zuständig. Dem Departement steht als beratendes Organ die Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen zur Seite. Im weiteren verfügt der Bund über die eidgenössische Strahlenkommission sowie über die eidgenössische Kommission zur Überwachung der Radioaktivität; beide Kommissionen unterstehen dem Eidgenössischen Departement des Innern.

Die Vorschriften des Bundes auf dem Gebiete der Kernenergie sind, auch international gesehen, sehr streng. Kernkraftwerke müssen mit so vielen, voneinander unabhängigen Sicherheitseinrichtungen gebaut werden, dass selbst bei schweren Betriebsstörungen im Innern oder bei schweren äusseren Einwirkungen das Risiko einer Gefährdung der Umwelt praktisch ausgeschlossen ist. Bei den äusseren Einwirkungen werden dabei ein Flugzeugabsturz auf das Reaktorgebäude, Erdbeben, Überschwemmungen usw. berücksichtigt.

Katastrophen praktisch unmöglich

Mehrere hintereinander gestaffelte Barrieren sorgen dafür, dass alle denkbaren Störungen beherrscht werden und dass insbesondere keine Radioaktivität nach aussen tritt. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein ernsthafter Reaktorschaden auftritt und gleichzeitig alle Sicherheitsmassnahmen versagen, ist praktisch null.

Nach der aus dem Jahre 1966 stammenden Verordnung über die Alarmorganisation für den Fall erhöhter Radioaktivität – aus welcher Quelle sie auch stammen möge – muss diese Organisation beim Auftreten einer gefährlichen erhöhten Radioaktivität dem Bundesrat die notwendigen Massnahmen und Verhaltensvorschriften vorschlagen oder solche in dringenden Fällen selbst anordnen. Die Alarmorganisation kann sich nicht nach starren Plänen richten, sondern hat flexible, der jeweiligen Lage anzupassende Massnahmen zu treffen. Daher hätte die Bekanntgabe von Plänen an die Bevölkerung nur beschränkten Wert. Die Bevölkerung soll vielmehr im Eintretensfall gezielte Weisungen erhalten, die den Verhältnissen entsprechen. Der in der Schweiz weit getriebene Bau von Schutzräumen schafft im übrigen nach Ansicht des Bundesrates gute Voraussetzungen, dass wirksame Schutzmassnahmen getroffen werden könnten.

Es ist auch nicht zweckmässig, das Verhalten der Bevölkerung im Katastrophenfall zu demonstrieren. Das Personal der Kernkraftwerke und das Kader des Zivilschutzes sind mit der Alarmorganisation für den Fall erhöhter Radioaktivität und mit den möglichen Schutzmassnahmen vertraut. Wie der Oltener Stadtrat Eggenschwiler betonte, liegt bei einem allfälligen Katastrophenfall die Oberhoheit über den Einsatz und Hilfsorganisationen beim Kanton, der über einen Krisenstab für Katastrophenhilfe verfügt. Erst am Rande könnten dann die ordentlichen, in der Stadt Olten domizilierten Organisationen – sei es Feuerwehr, Zivilschutz oder Sanitätsorganisationen – durch diesen kantonalen Krisenstab angefordert werden.

«Grenchner Tagblatt», Grenchen, 20. März 1975

Wieder Perpetuum mobile erfunden?

Professor Baltzar von Platen liess die Enten fliegen. Der 77jährige Schwede, nach eigenen Angaben Erfinder des Kühlschranks und der künstlichen Diamanten, will die Wärme der Luft nutzen, um die Menschheit von allen Energiesorgen zu befreien, wie Pressemeldungen vergangene Woche verbreiteten.

Vorweisen kann von Platen noch nichts. Aber er hat eine eindrucksvolle Konzeption: Durch ein starkes Kraftfeld, wie es bei der Bildung der Sterne besteht, soll eine Wärmepumpe in

Gang gesetzt werden, die der Luft Wärme entnimmt und zu höheren Temperaturen aufsammelt. Das ist das *Kühlschrankprinzip:* Auch beim Kühlschrank wird die Wärme, die in das Schrankinnere eindringt, durch eine Maschine hinausgepumpt und an die Umgebungsluft abgegeben. Allerdings muss der Kühlmaschine Energie zugeführt werden, beim Absorber-Kühlschrank in Form von Wärme, beim heute vorherrschenden Kompressionskühlschrank durch einen Elektro- oder einen anderen Motor.

Platens Idee mutet konventionell an, weil er einen Ammoniak-Kreislauf für seine Kühlmaschine benutzen will. Das hat man früher auch bei Kühlschränken getan, lässt es aber seit Jahren, weil man bessere Kühlmittel als Ammoniak hat – vor allem Frigen. Im Kreislauf ist auch noch Stickstoff enthalten. Seine Rolle ist nicht klar. Eindeutig ist indes, was von Platens Maschine bezweckt: Mit der gewonnenen Warm- oder Heissluft können Häuser geheizt oder Gasturbinen angetrieben werden, vielleicht sogar in Kraftfahrzeugen.

Von Platen beteuert, dass er für den ganzen Prozess *keine Energiezufuhr braucht.* Seine Maschine erreicht lediglich, dass die Wärme der Umgebungsluft auf Luft übertragen wird, die in der Maschine als Arbeitsmittel dient. Seinen Stickstoff-Ammoniak-Kreislauf will er lediglich *durch sein starkes Kraftfeld in Gang bringen.* Hier horcht der Physiker auf: Ammoniak wird im System durch eine Kraft über einen bestimmten Weg transportiert. Kraft mal Weg – das lernt man schon in der Schule – ist aber Arbeit beziehungsweise, physikalisch ausgedrückt, Energie. Wie ist das also mit der Energiezufuhr, die Platen nicht zu brauchen glaubt?

Sein Kraftfeld hat von Platen nach eigenen Angaben dem Vorgang abgeguckt, der bei der Bildung neuer Sterne wirkt. Nun entstehen neue Sterne freilich, indem riesige interstellare Wolken unter ihrer eigenen Schwerkraft, das heisst der Massenanziehung, zusammenbrechen und sich zu einem dichten Gebilde vereinen. In diesem Gebilde herrschen natürlich hohe Drücke und Temperaturen. Aber: so gesehen, würde von Platen eine Massenansammlung von vielleicht Sonnengrösse brauchen, denn die Sonne ist kein besonders grosser Stern. Zwar kann man die Schwerkraft durch irgendwelche Beschleunigungen simulieren; sie tritt dann aber nur für den mitbewegten Beobachter auf.

Man mag in von Platens Maschine also vielleicht auch ein enormes Kraftfeld erzeugen, indem man sie sehr schnell rotieren liesse. Allerdings müsste man dafür wieder Energie aufwenden, und gerade das, sagt von Platen, tut er nicht.

Von «tun» kann bislang freilich kaum die Rede sein. Denn von Platen hat ausser seiner Idee noch nichts vorzuweisen. Um ein Labormodell seiner Maschine bauen zu können, fordert er 40 Millionen Schwedenkronen (knapp 26 Millionen Franken) und ein Jahr Zeit. Ein arabischer Ölstaat habe sich bereits erkundigt, und ein japanischer Konzern soll sich erboten haben, das nötige Kleingeld auf den Tisch zu blättern. Beide sind vorläufig jedoch anonym.

Physikalisches Gesetz nicht entkräftet

Normale Erfinder mag es erstaunen, dass von Platen den Weg zum Patentamt scheut, das ihm seine Idee schützen könnte. Allerdings müsste er sie dort offenlegen. Vielleicht liegt der Haken just in diesem Umstand. Denn von Platen nimmt für sich in Anspruch, mit seiner Erfindung *den zweiten Satz der Thermodynamik zu entkräften,* demzufolge Wärme ohne äusseres Zutun stets nur von Orten höherer Temperatur zu Orten niedrigerer Temperatur strömt. Dies ist im strengen Sinne kein Naturgesetz, wohl aber eine *Erfahrungstatsache* der Physik. Mit einer Wärmepumpe allein ist sie freilich nicht widerlegt, zumal sie von von Platens rätselhaftem Kraftfeld in Gang gebracht würde. Es würde nämlich ein äusseres Zutun bedeuten.

Wem das alles zu unklar ist, mag den Schlüssel vielleicht in von Platens Lebenslauf finden. Wie er sagt, hat er in den zwanziger Jahren als erster das Prinzip des Kühlschranks verwirklicht. Das konnte *Carl von Linde* jedoch bereits im Jahr 1876. Von Platen will auch 1953 als erster synthetische Diamanten hergestellt haben. Das hat freilich der Brite *Genney* schon 1880 getan; Genneys Diamanten werden im British Museum aufbewahrt. Allerdings: als Forscher der amerikanischen General Electric 1954 weltweit Patente für ihr Verfahren zur Herstellung künstlicher Diamanten beantragten, wurde der Erfindungsschutz deshalb gewährt, weil bis dahin kein technisch brauchbares Verfahren bekannt war. Man muss von Platen daher eher mit Genney vergleichen. Der schwedische Professor hätte somit zweimal Erfindungen gemacht, die es schon lange gab. Genau das gleiche mag nun für seine neueste Erfindung gelten: Ein *«Perpetuum mobile»,* also eine Maschine, die ohne Energiezufuhr Energie liefert, haben unzählige Erfinder konstruiert. Funktioniert hat bislang keines. Auch darin dürfte von Platens Maschine ihren historischen Vorläufern gleichen.

Walter Baier

Tages-Anzeiger, Zürich, 7. April 1975

Energie nucléaire: ardente controverse

Centrale nucléaire, oui ou non? Telle est aujourd'hui la question à propos de Kaiseraugst.

Et pourtant, tout semblait parfaitement réglé. Le 24 novembre 1957, le peuple et les cantons avaient approuvé une nouvelle disposition constitutionnelle chargeant la Confédération – et elle seule – de légiférer sur l'énergie atomique et d'édicter des prescriptions sur la protection contre les dangers des rayons ionisants.

C'est bref, c'est clair, la délégation de pouvoirs est totale. Il n'est pas question, dans ce texte, que cantons et communes puissent s'opposer à la réalisation de projets répondant aux exigences de la sécurité telles que les définissent la loi et les réglements d'exécution.

Mais voici qu'au moment d'appliquer le principe, d'ardentes controverses viennent troubler les esprits. Bien plus, une opposition se manifeste, qui n'entend pas seulement donner de la voix. Elle passe à l'action, occupe un chantier et prétend traiter d'égal à égal avec le Conseil fédéral. Or, ce défi, une bonne partie de l'opinion publique l'appuie.

Des journaux qui ne recherchent pas la popularité dans une critique systématique des institutions ou des gouvernants, qui ne cherchent pas à flatter un certain public en exploitant le premier malaise venu ou le moindre sujet de mécontentement, se demandent si, dans une telle affaire et bien que les promoteurs de l'entreprise aient le droit pour eux, il ne conviendrait pas d'adapter ce droit à une réalité mouvante. Aujourd'hui, c'est-à-dire, après bientôt dix ans, tient-il compte de tous les éléments qui entrent dans un problème comme celui qui pose l'utilisation à des fins pacifiques de l'énergie nucléaire?

En d'autres termes, et sans le moindre esprit de chicane, bien des gens estiment que la législation actuelle devrait être revisée, complétée, affinée. A leur avis, les garanties contre les risques ne sont pas suffisantes et, de plus, il faudrait que l'avis des populations directement concernées prit beaucoup plus de poids dans la décision finale.

Si raisonnable qu'elle paraisse, cette revendication met les autorités en face d'une des difficultés majeures que présente le système de la démocratie directe. On nous dit: Consultons d'abord les habitants de la région où doit se construire une centrale nucléaire et n'entreprenons rien sans leur accord. Fort bien. Mais encore, pour se prononcer, le profane – et dans le cas particulier 99 pour cent des citoyens appelés à voter sont des profanes – doit savoir exactement de quoi il retourne. Il doit s'informer auprès des experts, auprès des savants, auprès des spécialistes.

Tout serait pour le mieux si, chez les hommes de science, les avis étaient unanimes. Mais entre eux, c'est un constant débat. Les uns affirment qu'en dépit de toutes les précautions, de graves dangers demeurent, inhérents à la nature même des matières mises en œuvre; d'autres se déclarent tout aussi convaincus qu'il est possible de se garder, de réduire les risques au minimum, voire, si un accident se produit, de limiter les dégâts. Et la controverse prend parfois le tour d'une véritable guerre de religion.

Dans ces conditions, comment l'homme de la rue, fermé aux mystères de la fusion et de la fission nucléaires, peut-il éclairer sa lanterne et s'efforcer de juger en connaissance de cause? Il sera plutôt enclin à obéir à un réflexe de conservation et à refuser le risque, si minime soit-il.

On comprendra une telle attitude, seulement, elle ne résoud rien. C'est un fait que les sources d'énergie dont nous avons largement tiré profit jusqu'à la fin de la Seconde Guerre mon-

diale, ne sont pas inépuisables. Il est non moins incontestable que les besoins augmentent, même si, depuis quelques mois, la croissance n'est plus aussi forte. Il serait téméraire de penser que dans quelques années déjà on aura découvert et surtout mis en action des forces motrices encore latentes aujourd'hui.

Peut-être alors, et plus tôt qu'on ne l'attendait, la difficulté de s'informer exactement sur les avantages et les inconvénients de l'énergie nucléaire incitera-t-elle les autorités responsables à aborder un autre problème: celui du gaspillage considérable de l'énergie classique encore disponible. Si tout le bruit fait autour de Kaiseraugst incitait à agir dans ce sens, il n'aurait certes pas été vain. *G. Perrin*

«Schweizerisches Kaufmännisches Zentralblatt», Zürich, 30. Mai 1975

Verbots-Initiative

Am gleichen Tag, an dem der Bundesrat mit untauglichen Mitteln versucht, sich der vielen auf ihn einstürmenden Initiativen zu erwehren, steht ihm schon das nächste Volksbegehren ins Haus. Eine Initiative, die zustande kommen wird, ob dafür 50 000 oder 100 000 Unterschriften gesammelt werden müssen. Ein Volksbegehren aber auch, von dem man nicht sagen kann, dass es die überlastete Regierung und das überforderte Parlament unnötig beschäftigen wird. Die Atomenergie ist eine Initiative wert.

Die Initianten – bekannte Kämpfer wider die Kernkraft – verlangen mit ihrem Begehren «zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen» materiell eine Revision des eidgenössischen Atomenergiegesetzes, dessen Revisionsbedürftigkeit in den letzten Wochen offenkundig geworden ist. Sie stossen deshalb mit manchen Forderungen zweifellos selbst in Bern auf offene Ohren.

Aber im entscheidenden Punkt – in der Wahrung der Volksrechte – ist die Lösung noch nicht gefunden. Wenn bis heute die Meinung der betroffenen Kantone und Gemeinden im Bewilligungsverfahren für den Standort eines Atomkraftwerkes zu wenig berücksichtigt wurde, so fällt die Initiative ins andere Extrem. Jedes Atomkraftwerk ist ein mehr oder weniger grosses Ärgernis. Man braucht gar nicht an die Ängste zu denken, die viele Leute zu Recht oder zu Unrecht mit einem Kernkraftwerk verknüpfen. Allein die Kühltürme sind Anlass genug, das Werk ausser Sichtweite zu wünschen. Wenn die Stimmberechtigten der Standortgemeinde und der angrenzenden Ortschaften, dazu der Kantone, die nicht mehr als 30 Kilometer entfernt liegen (bei Kaiseraugst wären das fünf Kantone), allesamt das Plazet zum Bau erteilen müssen, dann wird in der Schweiz mit aller Wahrscheinlichkeit kein Atomkraftwerk mehr gebaut.

Atomkraftwerke zu bauen könnte sich aber auch bei gewissenhaftester Überprüfung aller Aspekte als ein nationales, im Gesamtinteresse der Schweiz liegendes Erfordernis erweisen. Nationale Aufgaben aber können nicht regional entschieden werden.

Alfred Peter

«National Zeitung», Basel, 10. Juni 1975

Kernkraftwerke und Umweltschutz

Gewählte Volksvertreter aus dem Raume Basel haben sich mit den Rechtsbrechern in Kaiseraugst solidarisiert. Im Namen des Umweltschutzes. Man ist gegen den weiteren Bau von Kernkraftwerken und propagiert dafür das Sparen und die Sonnenenergie. Basel ist bekannt für das Sparen. Lange Zeit hat man sogar an Abwasserkläranlagen gespart, doch das beginnt sich zu bessern. Eine weitere Möglichkeit: die Chemie im Raume Basel produziert Schädlingsbekämpfungsmittel für die Landwirtschaft. Umweltschutz? Längst ist doch erwiesen, dass es in zahlreichen Gegenden bei Anwendung der biologischen Erkenntnisse mit weniger «Chemie» besser ginge. Man würde gleichzeitig Energie, Umweltverschmutzung und bäuerliche Arbeit sparen. Weiss man übrigens, dass Chemie-Müll aus Basel auf einer Deponie keine drei Kilometer vom Kernkraftwerk Mühleberg entfernt abgelagert wird? Das nenne ich überregionale Zusammenarbeit! Nimmt man dies in Kaiseraugst und Basel zur Kenntnis?

Das dringend notwendige Energiesparen allein ist leider nicht ausreichend. Um den Heizölverbrauch wesentlich reduzieren und um die dringend zu realisierenden Umweltschutzanlagen und die bald benötigten Rohstoff-Recycling-Anlagen betreiben zu können, werden wir in Zukunft trotz Sparmassnahmen und Sonnenenergie und trotz Stabilisierung der Bevölkerungszahl wesentlich mehr Kernenergie benötigen als heute. Es ist erwiesen, dass Kernenergie von allen heute zur Auswahl stehenden wesentlichen Energiequellen die Umwelt am wenigsten belastet. Wer heute den Bau von Kernkraftwerken verzögert, behindert den Umweltschutz von morgen. Auch in Kaiseraugst. *J. Branger (Ittigen)*

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 12. Juni 1975

Altes Schützenhaus für A-Werk-Besetzer

bnr. Am Sonntagabend trafen sich die ehemaligen Besetzer des Kernkraftwerkgeländes von Kaiseraugst, die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst und die Bürger-Initiativen, zur ersten Vollversammlung ausserhalb des Baugeländes auf dem Parkplatz des Schwimmbades Rheinfelden. Rund dreihundert Personen nahmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Gemeinde Rheinfelden den A-Werk-Gegnern das alte Schützenhaus von Rheinfelden sowie das umliegende Areal als neues Informations- und Begegnungszentrum kostenlos zur Verfügung stellen wird. Voraussichtlich soll auf diesem Areal auch das Rundhaus des ehemaligen «Besetzer-Dorfes» wiederaufgebaut werden. Im weiteren verabschiedete die im Regen ausharrende Vollversammlung ein Flugblatt, das noch in dieser Woche verteilt werden soll, und in dem die Gründe, die zur Aufhebung der Besetzung geführt haben, sowie die dem Bundesrat zu stellenden Fragenkomplexe aufgeführt sind. *«Basler Nachrichten», Basel, 17. Juni 1975*

Sonnenenergie

Ich meine nicht jene «Sonnenenergie», die an Badestränden «textilentblätterte» Damen und Herren auch noch «hautentblättert» – was dabei herauskommt, ist bekanntlich braun mit rotweissen Oasen. Ich denke bei Sonnenenergie an das Diskussionsthema der letzten Tage, als Professoren und Erfinder die Abwehr von Atomkraftwerken mit dem Hinweis auf die technischen Möglichkeiten der Heranziehung der Sonnenenergie zum Zweck der Beschaffung von Elektrizität unterstützten. Ich überlasse es den Fachleuten, sich dazu zu äussern. Der stellvertretende Geschäftsführer der bundesdeutschen Energietechnik GmbH, einer Gesellschaft für Energieumwandlung, Dr. Ing. B. Stoy, gewiss ein Fachmann und sicher an der Erschliessung neuer Energiequellen aller Arten wirtschaftlich interessiert, hat in einem technisch-wissenschaftlichen Informationsdienst zur Frage der Verwendung von Sonnenenergie mitgeteilt, dass es in Deutschland ein breites Sonnenenergieforschungsprogramm gebe, das vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert werde. «In diesen Projekten entwickeln und erproben wir unterschiedliche Kollektorsysteme in Verbindung mit entsprechend angepassten Wärmetauscher-, Wärmepumpen- und Langzeitspeicher-Verfahren, auch die Gestaltung von Kollektor-Dachflächen (Strahlen-Sammler-Dächer). Am Ende noch jahrelang notwendiger Entwicklungsarbeit können anwendungsreife Techniken geschaffen sein, um in unserer Klimazone zu gewissen Jahreszeiten warmes Wasser – für Gebrauchswasser, für Schwimmbäder, für Raumheizzwecke – vermutlich wirtschaftlich auf Sonnenenergiebasis zu erzeugen. 40 Prozent des Energieverbrauches unseres Landes entfallen nämlich allein auf Niedertemperaturwärme für die genannten Zwecke und werden zum weitaus überwiegenden Teil durch Verbrennung hochwertiger Primärenergien, die zugleich Rohstoffe sind (Gas, Kohle, Öl), erzeugt. Der Betrieb von Sonnenanlagen selbst setzt aber die Verfügbarkeit von elektrischer Energie voraus (für Pumpen, Steuerungen, Elektroantriebe, Zusatzerhitzer).

An der Umwandlung von Sonnenenergie in elektrische Energie wird sicher auch weiterhin gearbeitet werden. Doch wird sie wegen der relativ geringen und sonnenscheinabhängig anfallenden Strommengen und wegen der um ein Mehrfaches höheren Stromerzeugungskosten in unseren Breitengraden in absehbarer Zeit keine wirtschaftliche Bedeutung haben können.»

Es ist also noch nicht «ganz soweit» mit dem Ersatz von konventionellen und Kernenergie-Elektrizitätserzeugern durch Sonnenenergie-Werke. Warten wir also zu – auch mit Schlagworten! *Anton Stadelmann*

«Neues Wiler Tagblatt», Wil, 10. Juni 1975